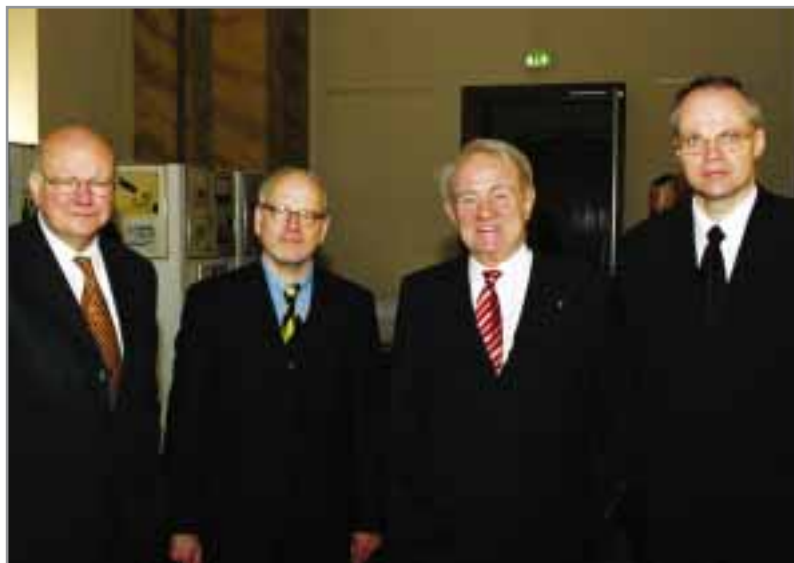


Blickpunkt Marktwirtschaft

Nr. 2
2004



Bürger naher Bundesstaat

Als Auftakt zu einer mehrteiligen Veranstaltungsreihe präsentierte sich die Stiftungsallianz „Bürger naher Bundesstaat“, an der die Stiftung Marktwirtschaft mitwirkt, am 31. März 2004 im Preußischen Landtag, dem Sitz des Abgeordnetenhauses Berlin, erstmals der Öffentlichkeit.

Nach einem Grußwort von Walter Momper, dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, stellte Dr. habil. Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Ziele und Arbeitsweise der Stiftungsallianz vor. Die Zusammenarbeit von fünf parteinahen und drei parteiunabhängigen Stiftungen sei ein ermutigendes Zeichen dafür, daß die Föderalismus-Reform gelingen könne.

Bundespräsident Johannes Rau machte in seiner Rede deutlich, wie

wichtig das Bemühen der Stiftungen sei, die Föderalismus-Diskussion einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln und den Bürger ins Zentrum der Reformbemühungen zu stellen: „Ich bin hier, weil ich Ihr Anliegen unterstütze.“ Der Föderalismus-Experte Prof. Dr. Fritz W. Scharpf arbeitete in seinem Referat zur Reformfähigkeit des deutschen Föderalismus die Konfliktlinien dieser Reformdiskussion heraus.

Die Anwesenheit zahlreicher Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, aber auch die große Teilnehmerzahl von 350 Personen machte deutlich, daß die Stiftungen als wichtige Akteure in der Föderalismus-Diskussion wahrgenommen werden.

Weiterer Bericht auf S. 6.

Blickwinkel

Augenblick (S. 2)

Zur Situation in Deutschland heute: Lüder Gerken fordert einen Bundesrat ohne Ministerpräsidenten und empfiehlt, Landtagsabgeordnete zu entsenden.

Überblick (S. 3)

Konzepte und Analysen: Mehrere Publikationen beschäftigen sich mit der EU-Verfassung.

Durchblick (S. 4, 5)

Schwerpunkte unserer Arbeit: Die Stiftung Marktwirtschaft nimmt Stellung zur Umgestaltung der Bundesagentur für Arbeit und kritisiert die Ausbildungsabgabe als bürokratisches Monstrum.

Rückblick (S. 6, 7)

Tagungen und Expertengespräche: Die Stiftungsallianz „Bürger naher Bundesstaat“ hatte ihre Auftaktveranstaltung mit Bundespräsident Johannes Rau.

Ausblick (S. 8)

Projekte in Vorbereitung: Ein Ausblick auf eine Expertentagung zur Bürgerversicherung, die Studie des Kronberger Kreises zum Kündigungsschutz sowie auf weitere Veranstaltungen der Stiftungsallianz.

Seitenblick (S. 2–8)

Im Spiegel der Presse: Projekte, Zitate und Gastkommentare.

Unglaubliche Geschichte

Beamte unterwegs: Wenn Sie mal wieder niemanden ans Telefon bekommen...

Seitenblick**Badische Zeitung**

EU-Finanzen: Mehr Transparenz
Lüder Gerken forderte, den Bürgern ihren Beitrag zur Finanzierung der EU durch eine mitgliedstaatlich erhobene EU-Einkommensteuer transparent zu machen. „So könnte jeder auf dem Einkommensteuerbescheid lesen, wieviel Steuern er für den deutschen Staat und wieviel für die EU bezahlt.“ (31.01.2004).

FINANCIAL TIMES

Die Wahrheit in brutto und netto
Für mehr Transparenz in Sachen EU-Beiträge plädierte der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft ebenfalls in seinem Gastkommentar in der Financial Times Deutschland. So würde auch der Streit um Europas Finanzplanung verständlicher (10.02.2004).

Börsen-Zeitung

Steuerboni für Ausländer strittig
Angela Wefers zitierte Lüder Gerkens Kritik an dem Plan, ausländische Spitzenverdiener niedriger zu besteuern: „Die Politik sollte nicht durch Einzelregelungen Einzelprobleme mildern, sondern durch ordnungspolitische Reformen Verbesserungen für alle schaffen“ (28.02.2004).

N24**Interview zur Arbeitszeit**

Als Studiogast trat Lüder Gerken im N24-Magazin „Wirtschaft intern“ auf. Moderatorin Katja Lösch befragte ihn zum Thema Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich. Gerken sagte, dies sei sinnvoll: „So kann Deutschland Lohnkosten senken und bleibt wettbewerbsfähig.“ (04.03.2004).

impulse**Neues Kartellgesetz hemmend**

Christian Plöger zitierte in einem Beitrag über das neue Kartellrecht auch den Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft mit den Worten, das Gesetz werde „im Extremfall zum Investitionshemmnis“ (18.03.2004).

Bundesrat ohne Ministerpräsidenten!

Es gibt Erbschaften, die sollte man besser ausschlagen. Das gilt auch für das Grundgesetz. Es hätte besser ein Erbe des Kaiserreichs ausgeschlagen, und zwar die Zusammensetzung des Bundesrats.

Als sich die einzelnen Fürstentümer zum Deutschen Reich zusammenschlossen, lag es nahe, daß die Fürsten der Bundesstaaten – überwiegend absolutistische Herrscher – eine wichtige Rolle in der Gestaltung der Politik des Reichs übernahmen. Der Bundesrat, der sich aus Gesandten der Einzelstaaten zusammensetzte, war deshalb das wichtigste Organ des Reiches. Im monarchischen Bundesstaat, wie er bis 1918 bestand, war es unproblematisch, daß die Gesetzgebung damit wesentlich von den Regierungschefs der Einzelstaaten geprägt wurde.

Der demokratische Bundesstaat hat diese Konstruktion des Bundesrats geerbt. Nach wie vor wirken die – nun von den Landtagen gewählten – Regierungschefs der Länder an der Gesetzgebung auf Bundesebene mit. Diese Konstruktion ist für einen demokratischen Staat merkwürdig, denn damit wird die Exekutive als Gesetzgeber tätig.

Das Grundgesetz garantiert die Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung des Bundes. Veränderlich ist dagegen, wer die Länder vertritt. Besser wäre es, wenn diese Aufgabe den Landesparlamenten übertragen würde. Denn damit könnten die Entscheidungsprozesse sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene verbessert werden:

Erstens wäre der Bundesrat ohne Ministerpräsidenten, wenn die Landtage ihre Delegierten nach der Stärke der Fraktionen bestimmen, weniger stark von den Ergebnissen der Landtagswahlen abhängig.



Denn durch einen Regierungswechsel im Land würden sich die Kräfteverhältnisse im Bundesrat nur graduell verändern. Indem jede einzelne Landtagswahl geringere bundespolitische Bedeutung erhalte, würde zumindest ein Grund für die Kurzatmigkeit der deutschen Politik relativiert.

Zweitens könnten sich die Ministerpräsidenten ohne Bundesrat nicht mehr so stark mit bundespolitischen Themen profilieren, sondern müßten sich stärker um die Landespolitik kümmern. Das kann dieser nur gut tun: Denn gerade im Bereich Bildung, der im wesentlichen Länderaufgabe ist, liegt vieles im argen.

Daß sich die Föderalismus-Kommission zu so einschneidenden Veränderungen durchringen kann, ist freilich relativ unwahrscheinlich. Denn die Hälfte der Stimmen haben dort – die Ministerpräsidenten. Doch weil sich der Bundesrat, unabhängig von der konkreten parteipolitischen Konstellation, in den letzten Jahrzehnten immer als Reformbremse erwiesen hat, ist es Zeit, sich unvoreingenommen mit der Frage zu beschäftigen, ob seine Zusammensetzung, die wir aus dem Kaiserreich geerbt haben, heute noch richtig ist.

**Lüder Gerken, Vorstand
der Stiftung Marktwirtschaft**

EU-Verfassung: Nachbessern notwendig

Die europäische Verfassung, so wird derzeit allgemein angenommen, könnte noch im ersten Halbjahr 2004 verabschiedet werden. Die Frage des Abstimmungsquorums im Ministerrat, die bis zuletzt umstritten war, hat die inhaltliche Diskussion in anderen Fragen in den Hintergrund gedrängt. Dabei ist der jetzt diskutierte Entwurf keinesfalls optimal. Beispielsweise sind die Kompetenzen und Entscheidungsverfahren in der Steuerpolitik nicht geeignet, eine gute Rechtsordnung für die Steuerpolitik der Mitgliedstaaten zu beschließen. Dies thematisiert die Stiftung Marktwirtschaft in zwei neuen Publikationen:

Die erste ist der Unternehmensbesteuerung im Binnenmarkt gewidmet. Hier argumentiert die Stiftung, daß zusätzliche Kompetenzen für die Union bei der Festlegung einer europaweit einheitlichen Bemessungsgrundlage notwendig sind. Diese kann dann die Basis für einen produktiven Steuerwettbewerb der Mitgliedstaaten bilden.

Die zweite Publikation spricht eine Ursache für den hohen Umsatzsteuerbetrag in der Europäischen Union an: Weil das Umsatzsteuerrecht nur mit einstimmigem Votum im Ministerrat geändert werden kann, scheitert der Übergang zu einem weniger betrugsanfälligen System. Die Stiftung plädiert dafür, die Entscheidungsfindung auf der europäischen Ebene zu erleichtern und dafür die Steuersatzhoheit der Mitgliedstaaten ausdrücklich in der Verfassung festzuschreiben.

Lüder Gerken und Gerhard Schick, Wege zur europäischen Verfassung IV – EU-Kompetenzen bei der Unternehmensbesteuerung: Für mehr und für besseren Steuerwettbewerb. Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 80. Berlin: Stiftung Marktwirtschaft.

Lüder Gerken und Gerhard Schick, Wege zur europäischen Verfassung V – Weniger Steuerbetrag durch sachgerechte EU-Kompetenzen bei der Umsatzbesteuerung. Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 81. Berlin: Stiftung Marktwirtschaft.

Kronberger Kreis zeigt: Es geht einfacher!

Am 29. Januar haben die Finanzminister von Bayern und Rheinland-Pfalz ihr Konzept für eine Reform der Grundsteuer vorgelegt. Es sieht vor, die Grundstücke anhand der Bodenrichtwerttabellen zu bewerten. Damit wird das derzeitige Problem beseitigt, daß durch die veralteten Einheitswerte Grundstücke gleichen Marktwerts höchst unterschiedlich belastet werden. Aus der Perspektive der Stiftung Marktwirtschaft hat dieser Gesetzentwurf allerdings zwei wesentliche Schwächen:

Erstens ist er zu kompliziert. Das zeigt der Vergleich mit dem Konzept, das der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, der Kron-

berger Kreis, in seiner Studie „Gute Gemeindesteuern“ vorgelegt hat. Dieses sieht eine reine Bodenwertsteuer vor. Bayern und Rheinland-Pfalz wollen hingegen auch die Gebäude bewerten. Das führt zu mehr Verwaltungsaufwand.

Zweitens geht der Entwurf insofern hinter einen Gesetzentwurf zurück, den Bayern und Hessen schon 2001 in den Bundesrat eingebracht haben, als den Ländern keine Möglichkeit eingeräumt wird, die Grundsteuer künftig selbständig zu regeln. Damit wurde eine Chance zur Dezentralisierung in der Steuergesetzgebung verpaßt. Gerade die kleineren Bundesländer hätten eine Öffnungsklausel nutzen können.

Seitenblick

Süddeutsche Zeitung

Für fairen EU-Steuerwettbewerb
Brüssel-Korrespondent Alexander Hagelüken berichtete über die EU-Initiative, die Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern zu vereinheitlichen. Er zitierte Lüder Gerken mit dem Urteil, Großunternehmen nutzten die Komplexität des heutigen Rechts, um ihre Belastung unter den Steuersatz jedes Landes zu drücken, in dem sie tätig sind (15.03.2004).

Börsen-Zeitung

Brüssel benötigt Kompetenzen für EU-Steuerwettbewerb

„Die Stiftung Marktwirtschaft hat an die Bundesregierung appelliert, sich für eine einheitliche Steuerwettbewerbsordnung in der EU einzusetzen“, schrieb Stephan Lorz und stellte die Publikation „EU-Kompetenzen bei der Unternehmensbesteuerung“ vor (14.02.2004).

Badische Zeitung

Gegen Mehrwertsteuerbetrag

Im Gastbeitrag kritisierte Lüder Gerken, daß gegen Mehrwertsteuerbetrag nicht konsequent vorgegangen werde: „So können Kriminelle den Fiskus jedes Jahr um 18 Milliarden Euro betrügen.“ Ansonsten könne die Mehrwertsteuer 2,5 Prozentpunkte niedriger sein (27.03.2004).

Nordwest Zeitung

Umsatzsteuerbetrag verhindern

Politikredakteur Gunars Reichenbachs berichtete über die Studie „Weniger Steuerbetrag durch sachgerechte EU-Kompetenzen bei der Umsatzbesteuerung“ (30.03.2004).

Frankfurter Allgemeine

Neuregelung der Grundsteuer

Manfred Schäfers schrieb über die Länder-Initiative zur Vereinfachung der Grundsteuer und zitierte die Stiftung Marktwirtschaft mit der Forderung nach stärkerer Vereinfachung: „Eine reine Bodenwertsteuer ist weniger aufwendig und vermeidet willkürliche Pauschalwerte für Gebäude.“ (30.01.2004).

Seitenblick

ARD 

Vermittlung privatisieren

Für die Tagesthemen befragte Thomas Kreuzmann Lüder Gerken zum Thema „Bundesagentur für Arbeit“. Gerken forderte die Privatisierung der Vermittlung (05.02.2004).

DIE WELT 

Allianz der Blockierer

Ein Text von Dorothea Siems und Stefan von Borstel beschäftigte sich mit Hintergründen der Entlassung von Florian Gerster. Darin schrieben sie: „Die Stiftung Marktwirtschaft empfiehlt, die Aufgaben der Agentur auf Auszahlung des Arbeitslosengeldes zu beschränken.“ (27.01.2004).

Frankfurter Allgemeine 

Neuordnung der BA

Mit Vorschlägen zur Neuordnung der Bundesagentur für Arbeit beschäftigte sich ein FAZ-Artikel. Darin wurde auch der Vorschlag der Stiftung Marktwirtschaft zur Zerschlagung der Behörde vorgestellt (27.01.2004).



Radiointerview zur BA

Monika Weiß führte ein Interview mit Lüder Gerken zum Thema „Neugestaltung der BA“ (06.02.2004).

DER TAGESSPIEGEL 

Arbeitsmarktkosmetik

Carsten Brönstrup zitierte Guido Raddatz: Daß Trainingsmaßnahmen für Arbeitslose nicht mehr statistikwirksam seien, sei eine „kosmetische Maßnahme“ (06.02.2004).

Frankfurter Allgemeine 

Mehr aktive Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitslosenstatistik sei durch aktive Arbeitsmarktpolitik um 1,3 Millionen Personen entlastet worden, schrieb Nico Fickinger und wies auf die Analyse der Stiftung Marktwirtschaft hin (12.01.2004).

BA: Chance vertan

In einer Reihe von eigenen Pressebeiträgen sowie Stellungnahmen bezog die Stiftung Marktwirtschaft Position zum Thema „Neugestaltung der Bundesagentur für Arbeit“. Indem die Politik es bei dem Personalwechsel an der Spitze beließ, hat sie eine weitere Chance für einen grundlegenden Umbau der Bundesagentur verpaßt. Anstatt die Aufgabenbereiche zu entrümpeln, ließ man alles beim alten und hofft weiterhin, ohne eine Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können.

Dabei hätte viel für einen radikaleren Umbau der Bundesagentur gesprochen. Denn von ihren zentralen Aufgabenfeldern gibt es nur beim Arbeitslo-

sengeld, also der eigentlichen Versicherungsleistung gegen den Einkommensausfall bei Arbeitslosigkeit, gute Argumente für eine staatliche Durchführung. Die Vermittlungsleistung der BA sollte dagegen in sehr viel stärkerem Maße privatisiert und dem Wettbewerb unterworfen werden. Sofern man eine Gutscheinelösung wählt, hätte dies auch keine finanziellen Nachteile für die Arbeitslosen: die Vermittlungskosten wären weiterhin Bestandteil der Versicherungsleistung. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist angesichts ihrer „kostspieligen Erfolglosigkeit“ insgesamt deutlich zu verringern. Sofern man einzelne der Maßnahmen für unerlässlich hält, sollten diese dezentral bei den Kommunen angesiedelt sein.

Änderung in der Arbeitslosenstatistik

Die Zahl der Menschen, die aufgrund der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen, ist in den ersten beiden Monaten des Jahres 2004 um rund 37.000 gestiegen, wie die Analyse der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Stiftung Marktwirtschaft ergab. Hauptursache ist, daß seit Jahresbeginn auch Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr als arbeitslos zählen. Im Fe-

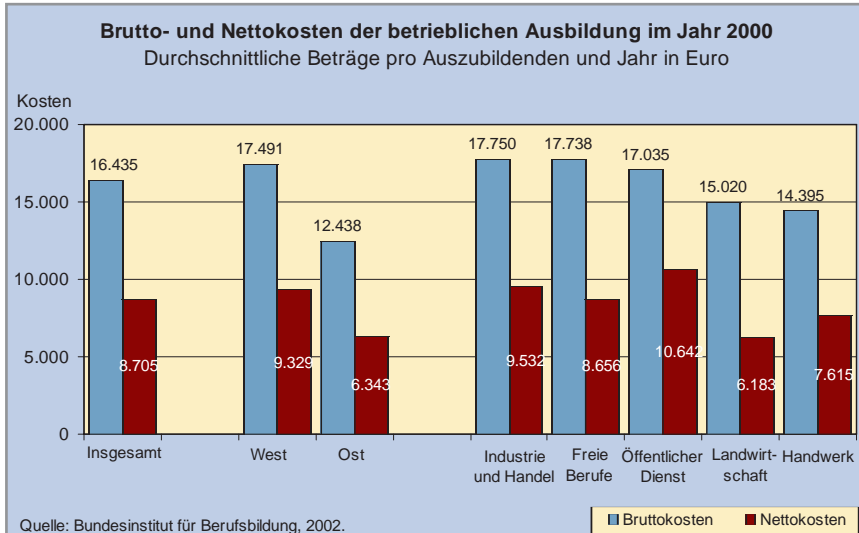
bruar waren das knapp 90.000 Personen. Für die Arbeitslosenquote bedeutet diese statistische Umbuchung einen Rückgang um 0,2 Prozentpunkte. Problematisch ist, daß sich die Trainingsmaßnahmen für eine bewußte Steuerung der Arbeitslosenzahlen eignen. Denn durch ihre kurze Dauer können sie – etwa vor wichtigen Wahlen – ohne lange und kostenintensive Nachwirkungen kurzfristig ausgeweitet werden.

Publikationen zur Reform des Föderalismus

Daß die mangelnde Reformfähigkeit in Deutschland nicht zuletzt auf die Verflechtung im deutschen Föderalismus zurückzuführen ist, scheint inzwischen allgemein akzeptiert zu sein. Doch in der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung sind keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen, weil alle Beteiligten an ihren gegenwärtigen Mitsprachemöglichkeiten festhalten. Nur durch großen öffentlichen Druck wird es der Kommission gelingen, bis zum Sommer zufriedenstellende Ergebnisse zu erzielen. Vor diesem Hintergrund gibt die Stiftung Marktwirtschaft der Föderalismus-Diskussion mit zwei Publikatio-

nen neue Impulse: Im Mittelpunkt der ersten Veröffentlichung, die Ende März erschienen ist, stehen die Kompetenzzuordnung und die Entscheidungsverfahren. Zentrale Forderung ist eine Neuzusammensetzung des Bundesrats ohne Ministerpräsidenten. Die zweite Publikation wird sich auf den Bereich der Finanzverfassung konzentrieren, der bisher in der Kommission fast völlig ausgeklammert wurde.

Gerhard Schick, Bundesstaatsreform I – Für eine bürgernahe, transparente und effiziente Politik, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 82. Berlin: Stiftung Marktwirtschaft.



Teure Ausbildung: Im Schnitt kosten Auszubildende die Unternehmen mehr, als sie erwirtschaften. Ihre Arbeitsleistung deckt die Ausbildungskosten nur etwa zur Hälfte.

Ausbildungsplatzabgabe ist keine Lösung

Deutsche Unternehmen können im internationalen Wettbewerb nur dann erfolgreich sein, wenn sie gut ausgebildete und hoch qualifizierte Mitarbeiter finden. Die betriebliche Ausbildung ist ein wichtiger Baustein im Bildungssystem, um dieser Anforderung gerecht zu werden. Daß derzeit nicht alle Jugendlichen eine Lehrstelle finden, ist daher nicht nur für die direkt Betroffenen, sondern für die ganze Gesellschaft problematisch: Jugendliche, die heute keine Ausbildung machen, werden auf dem Arbeitsmarkt zu den Problemfällen von morgen. Daher müssen Wege gefunden werden, den Ausbildungsplatzmangel zu beseitigen.

Mit der von den Regierungsfractionen vorgeschlagenen Ausbildungsplatz-

abgabe wird das allerdings nicht gelingen. Dieses bürokratische Monstrum doktert letztlich nur hilflos an den Symptomen herum und generiert in hohem Maße Mitnahmeeffekte. Es stellt aber keinen Ansatz zur Lösung der eigentlichen Ursachen des Ausbildungsplatzmangels dar.

Ein entscheidender Grund für die geringe Ausbildungsleistung vieler Unternehmen ist in den hohen Ausbildungskosten zu sehen. Diese sind im Durchschnitt doppelt so hoch wie der Wert der Arbeitsleistung der Auszubildenden. Das führt dazu, daß sich die Ausbildung von Jugendlichen für viele Unternehmen nicht mehr lohnt. Daher muß ein zentraler Ansatzpunkt die deutliche Absenkung der Ausbildungsvergütung sein, insbesondere zu Beginn der Ausbildung, wenn die Produktivität noch gering ist. Das ist keineswegs ungerecht, denn ähnlich wie der Schulbesuch oder ein Studium stellt die betriebliche Ausbildung für die Jugendlichen eine Investition in Humankapital dar und schafft die Voraussetzung für ein höheres Einkommen in der Zukunft. Hier sind auch die Tarifparteien gefordert, die Ausbildung von Jugendlichen für die Unternehmen wieder attraktiver zu machen.

Impressum

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60
10117 Berlin
verantwortlich: Dr. habil. Lüder Gerken
Redaktion: Dr. Katrin Schnettler
Tel.: (030) 206057-0
Fax: (030) 206057-57
www.stiftung-marktwirtschaft.de
info@stiftung-marktwirtschaft.de

Seitenblick

Badische Zeitung

Gegen Ausbildungsplatzabgabe
Der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft kritisierte in seinem Kommentar für die Badische Zeitung die Ausbildungsplatzabgabe als „ein Monstrum“. So werde die Ausbildungsmisere nicht behoben (21.02.2004).

Maerkische Allgemeine.de

Null-Vergütung kein Tabu
Mathias Richter zitierte Lüder Gerken zur Ausbildungsplatzabgabe: „Eine Null-Vergütung für Auszubildende darf kein Tabu sein“, zumindest im ersten Ausbildungsjahr (04.03.2004).

FOCUS MONEY

In Wirklichkeit über 5 Millionen
Im Interview mit Axel Hartmann konstatierte Lüder Gerken, es gebe deutlich mehr Arbeitslose als offiziell ausgewiesen, über fünf, vielleicht sogar sechs Millionen (05.02.2004).

Frankfurter Allgemeine

Vergleichbarkeit beeinträchtigt
In ihrem Text zum Arbeitsmarkt bezog sich Claudia Bröll auf die Analyse der Stiftung Marktwirtschaft. Die statistische Neuabgrenzung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik beeinträchtigt die Vergleichbarkeit (06.02.2004).

B.Z.

Schummel-Statistik
B.Z.-Redakteurin Britta Zach zitierte Lüder Gerken, die echte Arbeitslosigkeit sei deutlich höher als die statistisch ausgewiesene (05.02.2004).

Handelsblatt

Keine Wende am Arbeitsmarkt
Dietrich Creutzburg zitierte Guido Raddatz, der forderte, alte Förderinstrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik konsequent abzuschaffen (05.03.2004).

Seitenblick

I Handelsblatt

Zum Jagen tragen

Im Kommentar verdeutlichte Lüder Gerken die Bedeutung der Föderalismus-Reform: „Das Grundgesetz zu überarbeiten ist das zentrale Reformprojekt dieses Jahres.“ Doch bisher fehle der Debatte der Schwung. „Es wird Aufgabe der Zivilgesellschaft sein, diese Dynamik hervorzubringen und Bundestag und Bundesrat zum Jagen zu tragen.“ (29.03.2004).

General-Anzeiger

Stiftungsallianz für einen bürgernahen Staat

Der Bonner General-Anzeiger berichtete über die Stiftungsallianz „Bürgernaher Bundesstaat“. Die acht Stiftungen seien „Impulsgeber und zivilgesellschaftliches Forum“, das die Arbeit der Bundesstaats-Kommission begleitet (03.03.2004).



Was bringt die Föderalismus-Reform?

Stefanie Heinzler führte ein Interview mit Gerhard Schick zur Föderalismus-Reform: „Ein bißchen Wettbewerb zwischen den Ländern wäre gar nicht schlecht.“ Er sprach sich gegen eine Zusammenlegung von Bundesländern aus (23.01.2004).



Aktuelle Berichterstattung

Der Nachrichtensender PHOENIX berichtete aktuell in einer Nachmittagssendung über die Veranstaltung der Stiftungsallianz mit Bundespräsident Johannes Rau (31.03.2004).

Frankfurter Allgemeine

Damit Hartz wirkt!

Karen Horn wies in der Rubrik „Neu auf dem Markt“ auf das Buch „Damit Hartz wirkt!“ hin (01.03.2004).



Unterstützt das Anliegen der Stiftungsallianz: Bundespräsident Johannes Rau.

Bürgernaher Bundesstaat

Seit Herbst 2003 arbeitet die Stiftung Marktwirtschaft im Themenbereich Föderalismus-Reform eng mit Konrad-Adenauer-Stiftung, Bertelsmann Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung zusammen, um die Arbeit der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung kritisch zu begleiten.

Bei der ersten gemeinsamen Veranstaltung der Stiftungen am 31. März 2004 unterstrich Bundespräsident Johannes Rau die Bedeutung des gemeinsamen Anliegens der Stiftungsallianz „Bürgernaher Bundesstaat“: „Nichts ist für die Demokratie wichtiger als die Bürgernähe“. Zentraler Maßstab für den Erfolg der Reform sei deshalb, ob die Parlamente als Ort politischer Entscheidungen aufgewertet würden.

Auf die Bedeutung der Landesparlamente wies Walter Momper, Präsident des Abgeordnetenhauses Berlin, in seiner Begrüßung hin. Dr. habil. Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, machte deutlich, daß die Handlungsunfähigkeit der Politik auf allen Ebenen eine wichtige Ursache für die Politikverdrossenheit sei. Eine Entflechtung der Verantwortlichkeiten sei daher Anliegen aller Demokraten.

Prof. Dr. Fritz W. Scharpf, Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln, arbeitete heraus, wie das ursprünglich erfolgreiche Konsensmodell heute die Reaktion auf Globalisierung und europäische Integration erschwere. Bei der Befreiung aus der gegenwärtigen Unitarisierung und Verflechtung seien verschiedene Konfliktlinien zu beachten. Denn am Ende müßten die erforderlichen Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat erreicht werden. Scharpf wörtlich: „Es gibt auch für die Verfassungsreform keinen archimedischen Punkt außerhalb der Politikverflechtung.“

Im Zentrum der anschließenden Diskussion stand die Frage, ob nicht der Auftrag der Kommission zu eng sei, wenn Fragen wie die Neugliederung der Bundesländer oder der Finanzausgleich ausgeklammert würden. Moderiert von Gaby Dietzen, Phoenix, diskutierten Krista Sager, die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Ernst Burgbacher, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, und der SPD-Bundestagsabgeordnete Volker Kröning, die alle drei Mitglieder der Bundesstaatskommission sind, sowie die stellvertretende Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Prof. Dr. Ursula Männle.



Diskutierten im Paul-Löbe-Haus über die Zukunft der Rente: Jens Spahn MdB, Dr. István Stumpf, Dr. habil. Lüder Gerken, Prof. Dr. Axel Börsch-Supan, David Willetts sowie Prof. Dr. Charles Blankart (v.l.).

Reformoptionen für die Rente

Reformoptionen für die deutsche Rentenversicherung standen im Mittelpunkt einer internationalen Expertendiskussion, die die Stiftung Marktwirtschaft am 26. Februar gemeinsam mit dem European Ideas Network,

einem Netzwerk europäischer Think tanks, in Berlin veranstaltete. Der Mannheimer Rentenexperte Prof. Dr. Axel Börsch-Supan stellte in seinem einleitenden Vortrag den gewaltigen Handlungsbedarf in der Rentenversicherung dar. Die demographische Entwicklung in Kombination mit kostspieligen Anreizen für einen frühzeitigen Rentenbeginn überstiegen auf Dauer die finanziellen Kapazitäten des Rentensystems. Daher sei die unverwässerte Umsetzung der Vorschläge der Rürup-Kommission inklusive der Anhebung des formalen Renteneintrittsalters dringend erforderlich.

Die anschließende Diskussion unter der Leitung des britischen Unterhaus-Abgeordneten David Willetts eröffneten Jens Spahn, MdB, Prof. Dr. Charles Blankart von der Humboldt-Universität Berlin sowie Dr. István Stumpf (Szazadveg Stiftung, Ungarn) mit kurzen Stellungnahmen. Dabei wurde deutlich, daß die Umsetzung ökonomisch sinnvoller und langfristig unerläßlicher Reformen im politischen Prozeß zweifelhaft ist. Diskutiert wurde unter anderem die These, daß die ansteigende Zahl von älteren Menschen die Umsetzung von Reformen, die zu einer Kürzung der Rentenansprüche führen würden, immer unwahrscheinlicher mache. Ein Umsteuern, das vor Jahren noch möglich gewesen wären, könne heute zu Wahlniederlagen führen. Dennoch sei es unerläßlich, daß die Politiker eine längerfristige Perspektive einnehmen und auch das Wohl zukünftiger Generationen stärker berücksichtigten.

Die unglaubliche Geschichte

Wenn das Telefon schellt

Wenn das Telefon in einer Amtsstube nicht abgenommen wird, denken viele Bürger, der zuständige Beamte habe einfach keine Lust abzuheben. Doch dies ist ein Vorurteil, das die wahre Qualität des öffentlichen Dienstes verkennt. Denn der Beamte ist wahrscheinlich auf Dienstreise, um sich mit seinen Kollegen aus den anderen 15 Bundesländern in sehr wichtigen Angelegenheiten zu besprechen. Dazu gehört z.B. die Diskussion der Probleme der „Diensthundehaltenden Verwaltungen“.

Der zuständige Beamte könnte auch gerade ins Flugzeug gestiegen sein, um dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Erstellung des Merkblatts ‚Arsen‘“ der „Arbeitsgruppe Analytische Qualitätssicherung“ beizuwohnen, die wiederum zur „Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)“ gehört – einem von über 700 Arbeitskreisen der Länder.

Haben Sie also Geduld am Telefon: Die Verwaltung kümmert sich gerade um Ihre *wirklichen* Probleme.

Seitenblick

Frankfurter Allgemeine

Herrschaft der Beamten

Helmut Bündler und Hajo Friedrich berichteten in ihrem Artikel zum europäischen Ausschußwesen darüber, wie auf EU-Ebene Gesetze entstehen. Dabei gingen sie ausführlicher auf die Studie der Stiftung Marktwirtschaft „Reformbedarf in der Komitologie“ ein (03.02.2004).



Abwanderung nicht unpatriotisch

Domradio-Redakteurin Monika Weiß führte ein Live-Interview mit Gerhard Schick zum Thema „Abwanderung deutscher Firmen“. Schick urteilte, dies sei „ein Stück weit ein ganz normaler Vorgang“. Problematisch sei nicht die Abwanderung, sondern daß in Deutschland keine neuen Arbeitsplätze entstünden (25.03.2004).

FINANCIAL TIMES

EU als Vorbild

Gerhard Schick plädierte in seinem Gastkommentar für mehr steuerpolitische Autonomie für die Bundesländer. Dazu müsse der Länderfinanzausgleich zumindest teilweise in einen Wirtschaftskraftausgleich umgewandelt werden (11.03.2004).

DER TAGESSPIEGEL

Mehr Mut zur Zuwanderung

„Deutschland benötigt dringend qualifizierte Zuwanderung, um im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können“, zitierte Matthias Meisner den Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft zum Thema „Zuwanderungsgesetz“ (20.01.2004).

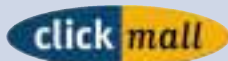
DIE WELT

Otto Graf Lambsdorff zitiert die Stiftung Marktwirtschaft

Otto Graf Lambsdorff verwies in einem Gastkommentar zum Thema „Bundesagentur für Arbeit“ auf die Stiftung Marktwirtschaft (02.02.2004).

Seitenblick**Interview mit Lüder Gerken**

Lüder Gerken berichtete im Interview mit Redakteurin Anja Dilk über Ziele und Tätigkeitsfelder der Stiftung Marktwirtschaft (März / April 2004).

**Portrait der Stiftung**

Wolfram Zabel, Redakteur beim Mittelstandsportal der Vogel-Mediengruppe, stellte ein Portrait der Stiftung Marktwirtschaft auf die Startseite des Internet-Portals „Clickmall“ (11.03.). Außerdem berichtete er über die Stellungnahme der Stiftung zur Ausbildungsabgabe (03.03.) sowie über die Publikation zum Umsatzsteuerbetrug in der EU (24.03.2004).

**Gegen das Monopol**

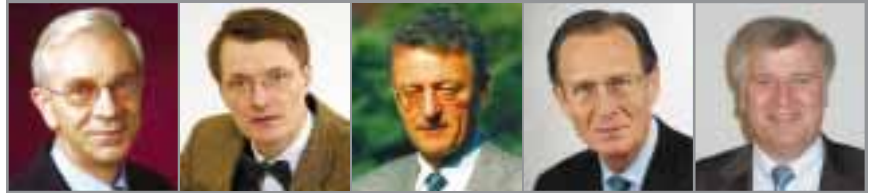
Im Gastkommentar für den Bund der Steuerzahler stellte Lüder Gerken Handlungsbedarf bei der gesetzlichen Unfallversicherung fest: Das staatlich abgesicherte Monopol der Berufsgenossenschaften sei ein Relikt aus dem vorletzten Jahrhundert, das einen ungerechtfertigten Markteingriff darstelle (März 2004).

**Arbeitslosenstatistik täuscht**

Im Interview mit Georg Sahnen kommentierte Guido Raddatz die neue Berechnungsmethode, Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen nicht mehr als arbeitslos zu zählen (05.02.2004).

**Für eine Zusatzversicherung**

Beim „Pro und Contra“ plädierte Lüder Gerken für die Möglichkeit einer privaten Zusatzversicherung gegen Arbeitslosigkeit: „Es gibt keinen Grund, hier die Vertragsfreiheit einzuschränken.“ (05.02.2004).

**Tagung zur Gesundheitsreform**

Die Reform des Gesundheitswesens gehört zu den politischen Dauerbrennern der letzten Jahrzehnte. Auch die Anfang Januar 2004 in Kraft getretenen Maßnahmen sind nur ein weiterer winziger Schritt. Dabei ist offensichtlich, daß das deutsche Gesundheitssystem und seine lohnbezogene Beitragserhebung in der heutigen Form nicht zukunftsfest sind. Eine beschäftigungsfeindliche Finanzierungsstruktur, ungenügender Wettbewerb, zweifelhafte Verteilungswirkungen und das

Fehlen überzeugender Antworten auf die zunehmende Alterung der Gesellschaft sind seine Hauptdefizite.

In der öffentlichen Diskussion stehen derzeit vor allem zwei Finanzierungsmodelle: die einkommensabhängige Bürgerversicherung und das Modell pauschaler Gesundheitsprämien. Allerdings existieren auch Vorschläge aus der Wissenschaft, die über diese beiden Modelle deutlich hinausgehen. So plädiert etwa der Kronberger Kreis für risikoäquivalente Beiträge und individuell übertragbare Altersrückstellungen.

Referenten der Tagung

Prof. Dr. Johann Eekhoff, Kronberger Kreis
 Prof. Dr. Dr. Karl W. Lauterbach, Univ. Köln
 Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann, Kronb. Kreis
 Prof. Dr. Bert Rürup, Techn. Univ. Darmstadt
 Horst Seehofer, Bundesgesundheitsminister a.D.

Am 18. Mai werden renommierte Gesundheitsexperten die verschiedenen Reformkonzepte kritisch hinterfragen.

Neue Studie: Kündigungsschutz

Wenn der erwartete konjunkturelle Aufschwung nur zu einem geringen Abbau der Arbeitslosigkeit führt, ist das auch eine Folge des restriktiven deutschen Kündigungsschutzgesetzes. Viele Unternehmen, vor allem Mittelständler, scheuen sich davor, neue Mitarbeiter einzustellen, weil diese Entscheidung später nur zu einem hohen Preis wieder rückgängig gemacht werden kann.

Gleichzeitig ermuntert ein rigider Kündigungsschutz die Tarifparteien, beschäftigungsfeindliche Lohnabschlüsse zu vereinbaren. Die Minireform beim Kündigungsschutzrecht hat dies kaum geändert. Wie ein sachgerechter Kündigungsschutz ausgestaltet sein sollte, hat der Kronberger Kreis in einer neuen Studie erarbeitet, die in den nächsten Wochen vorgestellt werden wird.

Stiftungsallianz: weitere Termine

Die Stiftungsallianz „Bürgerhafter Bundesstaat“, an der die Stiftung Marktwirtschaft mitwirkt, wird nach der Auftaktveranstaltung am 31. März mit drei weiteren gemeinsamen Veranstaltungen Impulse für die Föderalismus-Diskussion geben: Am 19. Mai findet im Haus der Geschichte in Bonn eine Veranstaltung zum Thema „Aufgabenentflechtung im Bundesstaat“ statt. Am 22. Juni stehen im Maximilian-

lianeum, dem bayerischen Landtag, Fragen der institutionellen Ordnung im Mittelpunkt. Im September ist eine Veranstaltung zur Reform der föderalen Finanzverfassung geplant. Die Homepage www.buergerhafter-bundesstaat.de informiert zeitnah über diese Veranstaltungen. Sie enthält auch Hinweise auf weitere Aktivitäten der Stiftungsallianz und berichtet über die Medienresonanz.